

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

175 (31.7.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Regisrationspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ansgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Restamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Am Rande des Abgrundes.

Die finanzielle Lage Deutschlands.

Berlin, 30. Juli. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die finanzielle Lage des Reiches zugehen lassen. Gegenüber den Schätzungen, die vor Jahresfrist gemacht wurden, stellt sich gegenwärtig der Finanzbedarf des Reiches als erheblich größer und die finanzielle Lage Deutschlands damit erheblich schwieriger dar.

In der Denkschrift ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Reichsfinanzen von 1913 bis zur Gegenwart gegeben. Das Rechnungsjahr 1920 kann für die Reichsfinanzen, so heißt es in der Denkschrift, als das erste Friedensjahr seit 1913 angesehen werden. Dies ist nicht in dem Sinne zu verstehen, als ob eine hinreichende Stärkung und Sicherung unserer Finanzlage eingetreten sei. Das ist nicht der Fall. Die mannigfachen Verpflichtungen aus dem Kriege, dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag werden nicht nur alle zukünftigen Haushalte mit ungeheuren wiederkehrenden Ausgaben belasten, sondern werden auch zu einer weiter steigenden Verschuldung des Reiches führen müssen. Dazu kommt, daß die Abrechnung und Umwidlung des Krieges noch Jahre hindurch sich hinausziehen werden, und es werden sich auch in den nächsten Jahren noch zahlreiche Ausgaben auf Grund von Verpflichtungen des Reiches ergeben, die schon während des Krieges entstanden sind.

Die Gesamtschuld des Reiches belief sich am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden Mark, darunter waren 123,8 Milliarden Mark (Schwebende Schuld). Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11,5 Milliarden Mark auf. Die Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldenmehrung im Monat Juni liegt in dem Bedarf der Heeresverwaltung; sie fordert an außerordentlichen Deckungsmitteln 1 Milliarde, die Eisenbahn an Zuschüssen 2 Milliarden und infolge der Verrechnung weiterer 6 Milliarden.

Was notwendig ist, wenn wir zu gesunden finanzpolitischen Verhältnissen kommen wollen, das ist in erster Linie eine weitgehende Mäßigkeit über die tatsächliche Lage unserer Finanzen. Dazu gehört Abkehr von der Kriegsfondsökonomie, die schon im Jahre 1919 abgebaut worden ist und die Rückkehr zu den alten Grundsätzen jener gesunden Finanzwirtschaft, nach der Ausgaben für die einzelnen Zweige besonders anzuordnen und vorzunehmen und die nötigen Einzelmaßnahmen vorgenommen werden.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Uebersicht: Die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern usw. sollen erbringen insgesamt 27,77 Milliarden Mark, darunter 2,9 Milliarden aus Steuern, die noch nicht bewilligt, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Der außerordentliche Haushalt sieht zu nächst 11,5 Milliarden Mark Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge in Höhe von 12,9 Milliarden Mark, die sich auf 16 Milliarden Mark erhöhen. Die Gesamtansgabe des außerordentlichen Haushalts würde demnach 24,5 bis 27,4 Milliarden Mark betragen.

Die finanzielle Ausdehnung Deutschlands.

Paris, 30. Juli. Bertinac veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Artikel über die Verhandlungen in Sythe und Boulogne, aus dem folgendes bemerkenswert ist:

Um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles bezüglich der Wiedergutmachung zu erreichen, werden die Alliierten versuchen, deutsche Anteile auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und Finanzoperationen des deutschen Staates im Ausland überwachen. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungssumme verwendet werden, ein Fünftel aber wird Deutschland zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwenden können. Als Garantie für diese Anleihe wird ein Depot deutscher Industrieerzeugnisse, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht definitiv an den einen oder anderen Alliierten überwiesen worden sind, usw. dienen, derenwegen in Artikel 248 des Vertrages von Versailles den Alliierten ein Privileg gewährt ist. In Artikel 248 handelt es sich um alle Einkünfte des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten.

Die alliierten Regierungen würden nun die Wiedergutmachungskommission ersuchen, die Höhe der Summe festzusetzen, die Deutschland an die Alliierten schuldet, sowohl die Gesamtsumme als auch die Mobilität der Jahreszahlungen. Die alliierten Regierungen haben übereinstimmend eine feste Zahl unter sich vereinbart, unter der sie mit Deutschland kein Komпромiß eingehen werden. Sie haben sich ferner auf 42 festsitzende Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark geeinigt, zu denen noch von 1926 ab 27 weitere Jahresraten kommen sollen, die sich halbjährlich von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Die Summe, deren Zahlung auf diese Art und Weise festgesetzt ist, beläuft sich bis zu Jahre 1963 auf 270 Milliarden Franken. Um sich dieser Schuld zu entziehen, müßte Deutschland während des angezeigten Zeitraumes durchschnittlich jährlich 6 Milliarden bezahlen.

Die türkische Friedensdelegation in Paris.

Paris, 30. Juli. Die türkische Friedensdelegation ist gestern abend in Paris eingetroffen und hat sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Sevres begeben.

Der Zusammenbruch Polens.

Erregung in Paris. — Kanonendonner aus der deutschen Grenze.

Berlin, 30. Juli. (Privattelegr.) In Paris scheint die Erregung aufs höchste gestiegen zu sein. Die gestrige Sitzung des Ministerrats war vollständig der polnischen Frage gewidmet. Alle Redner stimmten darin überein, daß der Zusammenbruch Polens ein nicht wieder gut zu machender Schlag für Frankreich bedeuten würde. Millerand erklärt, daß Ende Polens bedeute die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich. Der Ministerrat hat dann dem Vorschlag zustimmend beschlossen, jede Politik, die die Sowjets schonen könnte, zu unterlassen und eine große militärische Aktion Polens zu unternehmen, selbst wenn diese Aktion für die äußere oder innere Lage Frankreichs ungünstige Folgen haben könnte. Er habe darauf von dem Marschall Foch ausgearbeiteten Plänen, die die Landung des alliierten Expeditionskorps in Obeßa vorsehe, Kenntnis genommen. Man warte nur noch auf die Antwort der englischen und italienischen Regierung, um definitive militärische Maßnahmen zu ergreifen.

In Opatowitz befindet sich man, daß die Alliierten das Abstimmungsgebiet als Operationsbasis gegen Sowjetrußland benutzen wollen. Nach weiteren Nachrichten werden die Entente-Truppen sämtlich in Allenstein versammelt und scheinen jedes Zusammenstoßen mit den Bolschewisten vermeiden zu wollen. Der Kanonendonner von der polnischen Front ist an vielen Stellen der ostpreussischen Grenze zu hören. Nach Königsberger Telegrammen ist der Zusammenbruch der polnischen Nordarmee vollständig. Der Weg nach Warschau liegt den Russen offen. Die Entschlossenheit, sich nicht als im Namen von Lomza zu erweisen sein. Bei Minsk vor Lomza ist bereits seit heute früh zwischen dem West- und polnischen Nordarmee und der ihm entflammenden russischen Kavallerie ein Kampf im Gange.

Russischer Bericht.

Moskau, 30. Juli. (Privattelegr.) Der russische Bericht aus Minsk mit dem Datum vom 29. Juli: Wir haben die Stellung Ostwiecie eingenommen und Befestigungen gemacht. Im Gebiete von Bialystok haben unsere Truppen verschiedene Eisenbahnhaltungen eingenommen. Der Feind leistete schonen Widerstand. In der Gegend von Tarnobrzeg kam es zu einem Gefecht. Wir haben den Feind überfallen.

Polnischer Generalsstabesbericht.

Moskau, 30. Juli. Generalsstabesbericht vom 29. Juli: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ostwiecie ein. Ein Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo und Ostwiecie ist im Gange. Südlich von Bialystok und westlich Polomicec Hebe bestanden wir allmählich die planmäßig vorbereiteten Stellungen im Süden. Unsere Abteilungen in der Gegend von Wroth haben die britische Armee des Feindes angegriffen. Am 29. Juli ist die Lage unverändert.

Polnische Truppenteile über die deutsche Grenze gedrängt.

Wie die „Polische Zeitung“ aus Marienburg meldet, haben abgeschlossene polnische Truppen in Stärke von 2000 Mann und 40 Offizieren bei Proskel die Grenze überschritten. Es schweben Verhandlungen über ihre Entlassung. Die übergetretenen Truppen sollen in das Lager Arns übergeführt werden. Die russischen Vorposten freiten an der ostpreussischen Grenze entlang, ohne die Grenze zu überschreiten.

Lemberg geräumt.

Warschau, 30. Juli. Die Räumung Lembergs von den Banken, Depots und wichtigen Staatskassen ist bereits durchgeführt. Die Behörden sind allerdings noch in Lemberg geblieben. Die Russen stehen auf unbestimmten polnischen Territorium.

Das Kohlenabkommen in Spa genehmigt.

Paris, 30. Juli. Die Kammer hat mit 393 gegen 83 Stimmen den Gesetzesentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa vorseht, angenommen. Damit sind auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorkasse für die Bezahlung von Nahrungsmitteln bewilligt worden.

Kartellvertrag von Bergarbeiterverbänden.

Saarbrücken, 30. Juli. Der Bezirk Saarrevier des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (sogen. alter Verband) und der Verband der Bergarbeiter Lothringens haben einen Kartellvertrag abgeschlossen, der bezweckt, eine enge Verbindung zwischen den beiden Organisationen herzustellen, indem sich die beiden Verbände fortlaufend über alle Ereignisse in ihrem Gebiet unterrichten, sowie einander hilfreich beistehen, soweit dies nach den freierwerblichen Prinzipien und nach ihren Statuten möglich ist. In § 4 des Vertrages heißt es: Der Verband der Bergarbeiter Lothringens verpflichtet sich, da er in der französischen Arbeiterpresse und im französischen Parlament Einfluß besitzt, noch bestem Können die beruflichen Interessen der Saarbergarbeitergemäß den internationalen Grundsätzen mit zu vertreten.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Genf zufolge haben sich zur Teilnahme an der am Montag beginnenden internationalen Bergarbeiterkonferenz bisher 70 Engländer, 35 Deutsche, 25 Franzosen, 15 Belgier, ein Desterreicher und ein Ungar angemeldet. Auf der Tagesordnung steht die von den Engländern vorgeschlagene Rationalisierung der Bergwerke in allen Staaten und die zwei deutschen Vorschläge, nämlich internationale Verteilung der Kohlen und Einführung des Sechsstundentags.

Spa, die Reichsregierung und das Parlament.

G. Sch. Herr Lloyd George hatte im englischen Unterhaus die Vermutung ausgesprochen, daß das Kabinett Fehrenbach im Reichstage wegen des Ergebnisses der Konferenz in Spa keinen leichten Stand haben werde. In sachlicher Beziehung erwiderte sich die Vermutung des englischen Premiers als unbegründet, dagegen sind die Debatten über Spa dem Kabinett Fehrenbach nicht förderlich gewesen. Woran auch die Tatsache nichts ändert, daß eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung nur die Ablehnung durch die Deutschnationalen und die Unabhängigen gefunden hat, das deutschnationale Misstrauensvotum sogar von den Unabhängigen abgelehnt worden ist.

Was sollte die Regierung in Spa anders tun, als sich in das Diktat der Sieger fügen? Nachdem wir den Frieden von Versailles unterschrieben haben, war die Haltung in Spa die unvermeidliche Konsequenz. Wenn Herr Fehrenbach in seiner Rede vor Spa seinen rhetorischen Schwung mehr gezügelt hätte, wäre es natürlich besser gewesen. Das wird er inzwischen eingesehen haben, wie ihm auch in Spa die Erkenntnis gekommen sein dürfte, daß man mit stimmungsvollen süddeutschen sentimentalischen Anwandlungen vergeblich gegen Lloyd Georges festen Willen anrennt. Der Verweigerung der Unterschrift in Spa wäre auf dem Fuße der Vermutung ins Ruhrgebiet gefolgt, Deutschlands Zerfall vermutlich dann unvermeidlich gewesen. Die Entente würde — und da stimmen wir Herrn Fehrenbach durchaus zu — die einzelnen deutschen Länder verschiednen behandelt haben. Dafür hätten schon die Franzosen gesorgt, deren eigentliches Ziel immer noch die Bereicherung Deutschlands ist. Mögen sich die Herren Franzosen heute noch so sehr als die Sieger fühlen, die innere wogende Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland werden sie nicht los. Sie fürchteten ein rasches militärisches Wiedererstarken Deutschlands, darum sind sie in der Entwaffnungsfrage unbeugsam. Und die Franzosen, die mehr mit wirtschaftlich geübten Augen in die Zukunft blickten, fürchteten den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie wissen, daß wir arbeiten können, wenn die Unordnung und die politische Verblöndung bei uns nicht mehr Europa feiert, und sie wissen ferner, daß die Not uns noch erfindlicher machen und uns noch mehr anspornt wird, bald wieder ein erträgliches Leben führen zu können. Und das fürchten sie, zumal einsichtige Franzosen in eigenen Lande keine, oder nur spärliche Merkmale zu erblicken vermögen, die für Frankreich ähnliches erhoffen lassen. Hieraus ist auch die Brutalität zu verstehen, die die Franzosen bei ihren Kohlenforderungen an den Tag legen. Gewiß müssen wir, ob Sieger oder Besiegte, Frankreich für die sinnlos zerstörten Kohlengruben Ersatz schaffen. Aber die Franzosen verlangen mehr und erhalten auch mehr, als sie brauchen. Mit dem Uebermaß treiben sie nach neutralen Ländern einen skandalösen Kohlenwucher. Und die stille Hoffnung ist, Deutschlands Wirtschaft durch die raffiniert und systematisch herbeigeführte Kohlennot am Lebensnerv zu treffen, dadurch das Reich schließlich mit aus den Fugen zu treiben.

Die Durchführung des Abkommens von Spa heißt, daß wir die deutsche Industrie mit etwa 800 000 bis 1 000 000 Tonnen Kohlen weniger beliefern können als unumgänglich notwendig ist. Wie wir dieser ungeheuren Schwierigkeit Herr zu werden vermögen, ist zur Stunde wohl allen noch sehr unklar. Es wird verucht werden — hoffentlich gelingt es auch —, die immer rapider einsetzende Arbeitslosigkeit bildet eine Gefahr in der nächsten Zeit, deren Größe und Schwere anscheinend noch nicht abzusehen ist erkannt ist und gewürdigt wird. Die Regierung aber zu schmäheln, die in Versailles und in Spa trotzdem unterzeichnet hat, ist ein Unrecht. Ich gehöre zu den sozialdemokratischen Abgeordneten, die es in Weimar nicht über sich bringen konnten, dem Friedensvertrag zuzustimmen, weil wir die Ungeuerlichkeit des Vertrags und besonders seine Konsequenzen fürchteten. Aber die Unterzeichnung entsprach damals unstreitig der Auffassung und dem Wunsche des größten Teils des deutschen Volkes, vornehmlich dem Wunsche der tiefkriegsmüden und vom Kriegselend so hart mitgenommenen Arbeiterklasse. Und speziell in Südwestdeutschland drängte man förmlich zur Unterzeichnung. Grund: Der befürchtete Einmarsch der Entente. Satten wir in Versailles ja gesagt, konnten wir in Spa, zumal noch bei etwas gemilderten Bedingungen, unmöglich Nein sagen. Und wenn die Deutschnationalen am Mittwoch im Reichstage mit dem Gedanken einer allgemeinen Volkserhebung viel zu tun ist das ebenso lächerlich wie verdröckert. Diese Herrschaften würden sich wundern, wenn sie an die Volksmassen im Sinne einer allgemeinen Erhebung gegen die Ententegevalt appellieren wollten. Die zu einer allgemeinen Erhebung erforderliche suggestive Kraft könnte m. E. nur der — Bolschewismus aufbringen nachdem die äußere Vorgänge und wirtschaftliche Katastrophen im Innern den Boden dazu bereitet hätten. Aber daß unter der Führung deutscher Generale, Junker und ähnlicher Herrschaften, die Massen Kopf und Kränze riskieren würden, ist zu blödsinnig, als daß es außer in deutschnationalen Gehirnen noch in anderen Ge-

hirney spüren könnte. Die Reichsregierung hat also in Spa...

Dem aufmerksamen Beobachter sind bereits während der Verhandlungen in Spa die erheblichen Schwächen des Kabinetts...

Aber auch Herr Simons, der durch seine Tätigkeit in Spa sich nicht geringe Sympathien in weiten Kreisen erworben hatte...

Die deutsch-nationale Presse schraubte vor Mut — die unabhängige „Freiheit“ aber wand, wenn auch nicht mit zarten Händen...

Am Montag beherrschte Herr Simons im Reichstag die Situation; seine Rede löste starke Wirkungen aus. Und dann — vierundzwanzig Stunden später!

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Auf einer Uferhöhe der Ostsee liegt hart am Wasser hingelagert eine kleine Stadt, deren stumpfer Turm schon über ein halbjahrtausend auf das Meer hinausragt.

Aber in der kleinen Stadt leben tüchtige Menschen, alte Bürgergeschlechter, unabhängig von dem Gelde und dem Einfluß der umwohnenden großen Grundbesitzer.

dem letzten Nachschicht die Söhne den Weg gehen, auf wel-

der deutschen auswärtigen Politik, zu gewinnen? Wie wird Lloyd George höhnisch gelächelt haben, als er von der Rückzugsblamage seines Partners von Spa hörte!

Der Hitz im Kabinett Fehrenbach ist momentan nur notdürftig verkleistert — Herr Simons hat sich geopfert. Wer wird sein Nachfolger sein? Und wer wird das Kabinett Fehrenbach ablösen?

Amorganzation der Kohlenwirtschaft.

Schlimme Ausichten für den Winter.

Berlin 29. Juli. Der Reichskohlenrat ist heute nachmittag zusammengetreten, um zu dem Abkommen von Spa Stellung zu nehmen.

Der Reichskohlenrat, Kommerzienrat Stubb, erläuterte die Notwendigkeit einer Amorganzation der Kohlenwirtschaft. Die Entente hat im Mai ds. J. 1 097 000 Tonnen Kohlen, im Juni 1 087 000 Tonnen erhalten und muß über diese Zahlen hinaus noch 900 000 Tonnen erhalten.

Wir müssen also für die Kohlenförderung einen neuen Lieferungsplan aufstellen, um die Mehrlieferungen leisten zu können. Ich habe für den Monat August bereits einen Lieferungsplan aufgestellt und ihn heute mit den Vertretern der Entente durchgesprochen.

Unser erste Forderung ist nun, daß sich die Industrie und auch der Hausbrand auf die Feuerung mit Kohlen umstellen. Man muß allerdings im Augenblick die großen Hoffnungen an die Braunkohlenförderung. Man muß bei dem Bestand der Braunkohle mit den damit verbundenen Transportchwierigkeiten rechnen.

Der Kohlenverbrauch in den Großstädten wird eine stärkere Einschränkung erfahren müssen. So hat vor allem Berlin eine viel zu ausgedehnte Polizeistunde und infolgedessen einen zu großen Lichtverbrauch.

Der Kohlenhandel muß zu Leibe gegangen werden. Allerdings werden hier die Gerüchte stark übertrieben. Ob es trotz aller Maßnahmen möglich sein wird, die Kohlenabgabe an die Entente für unser Wirtschaftsleben erträglich zu gestalten, muß abgewartet werden.

Generaldirektor Künzinger ging in längeren Ausführungen auf die Organisation der Kohlenverteilung ein. Der allgemeine Wunsch nach Dezentralisation der Kohlenverteilung kommt reichlich vor. In den letzten Jahren habe man einen wahren Kampf gegen alle Behörden und Unternehmern führen müssen, die da glaubten, daß alles von Berlin zu behandeln sei.

Vergarbeiter Köffer, die Kohlenlieferungen trafe man vor allem in den Kreisen der Kohlenhändler, welche bei der Befreiung der Konsumenten das Kohlengewicht fälschten.

Gewerkschaftssekretär Sachse behauptet, daß in Mitteldeutschland zahlreiche Brillefabriken lahm gelegt seien weil die Industrie an der Kohlenknappheit mehr verbiere als an der bearbeiteten. Die Kohlenknappheit lasse sich als Hausbrand nicht verwenden.

Der Direktor der Siemens Schudert-Werke Kaller trat der Auffassung des Kohlenkommissars entgegen, daß die Braunkohle ohne weiteres unter bestehenden Steinlohdampfkraftwerken verarbeitet werden könne.

Als letzter Redner nahm Staatssekretär Dirck das Wort. Notwendig sei, daß die Entente ihre Zufolge wirklich einhalte, daß die Lieferung von oberflächlichen Kohlen erfolgt und daß die Entente auch zu einer Finanzbeihilfe bereit sei.

An die Sitzung schloß sich eine nicht öffentliche Beratung des Reichskohlenverbandes und des Ausschusses des Reichskohlenrates an. Im Anschluß an die heutige öffentliche Sitzung des Reichskohlenrates fand eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates statt, die insbesondere über den Antrag auf eine am 1. August beginnende Kohlenpreiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbündnis von 25 % per Tonne aus schließlich Kohlensteuer Beschluß fassen sollte.

1. 14 M für die Verfrachtung des Heimstättenbaues; 2. 9 M zur Übernahme der seit Juni an Stelle einer Rohabgabe vom Reich kreditweise bezugegebenen 4 1/2 M für Lebensmittelfonds; 3. 1.80 M bzw. 2 M zur Rückzahlung der schon am gegebenen Beträge an das Reich.

Staatssekretär Dr. Dirck teilte dazu mit, daß sich das Kabinett mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in letzter Zeit liegen eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschlossen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben.

1. weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gestiegen und sich dadurch die Selbstkosten erhöhen würden; 2. weil die Förderung teure und dadurch auch die Selbstkosten sinken und 3. weil die Forderungen bisher schon gute Gewinne an Nebenbetrieben erzielt hätten.

Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preisobergrenze zu Punkt 3 über 2 M durch das Angebot der Regierung hin fällig sei. Ein Antrag, nur 23 M per Tonne Preisobergrenze zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag angeht die Höhe des Heimstättenkredits, nur noch die beschriebenen 9 M Preisobergrenze zu fordern, fand keine Aufnahme.

Staatssekretär Dr. Dirck legte hiergegen im Auftrag der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleinerer Ausbruch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten morgen darlegen soll. Schließlich fanden noch Verhandlungen statt die auf eine Ermäßigung der Braunkohlen hingingen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Staatssekretär Dr. Dirck legte hiergegen im Auftrag der Reichsregierung Einspruch ein. Es wurde ein kleinerer Ausbruch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und einem Verbraucher gewählt, der dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressenten morgen darlegen soll. Schließlich fanden noch Verhandlungen statt die auf eine Ermäßigung der Braunkohlen hingingen. Diese Verhandlungen dauern noch an.

Politische Uebersicht.

Kappistenbegnadigung und Revolutionszerhaß.

Wie der „Vorwärts“ meldet, wurde der Kappmeister Oberleutnant von Volod, der im dringenden Verdadst steht, einen unabhängigen Redakteur ermordet zu haben, wegen der ungenügenden Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen, nachdem es erst vor einigen Wochen der Sicherheitspolizei in Berlin mit vieler Mühe gelungen war, ihn festzunehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu:

Wir können uns nicht erinnern, daß die gleiche menschliche Rücksicht auf ihr gesundheitliches Befinden gegenüber verhafteten Linksrevolutionären genommen worden wäre und niemand wird wohl erkaunt sein, wenn Herr von Volod seinen Führern Kapp und Wittich nächsten Gesellschaft leistet: „Aufenthaltsort unbekannt“.

dem Eltern und Vorfahren zur Wohlhabenheit und bürgerlichen Geltung gelangt waren; nur wenige ergaben sich den Wissenschaften, und kaum war unter den derzeit noch studierten Bürgermeistern jemals ein Eingeborener dazugekommen; wenn aber bei den jährlichen Prüfungen in der Rektoratskammer der Propst den einen oder anderen von den Knaben fragte: „Mein Junge, was willst du werden“, dann richtete der sich stolz von seiner Bank empor, der mit der Antwort: „Schiff“ heraustratommene durfte, Schiffsjunge, Kapitän auf einem Familien-, auf einem eigenen Schiffe, dann mit etwa vierzig Jahren Reeder und bald Senator in der Vaterstadt, so lautete der Stufengang der bürgerlichen Ehren.

Auf dem Chor der von einem Landesherzog im dreizehnten Jahrhundert erbauten Kirche befand sich der geräumige Schifferstuhl für den Abendgottesdienst mit statlichen Metallbeschütern an den Wänden prangend, durch das an der Decke schwebende Modell eines Warfschiffes in vollem Takelwerke fennlich. Auf diesen Raum hatte jeder Bürger ein Recht, welcher das Steuermanseramen gemacht hatte und ein eigenes Schiff besaß; aber auch die schon in die Kaufmannschaft Uebergetretenen, die ersten Reeder der Stadt, saßen, während unten in der Kirche ihre Frauen saßen, hier oben unter den anderen Kapitänen ihren Gottesdienst; denn sie waren noch immer und vor allem meerbefahrene Leute, und das kleine schwebende Warfschiff war hier ihre Hausmarke.

Es ist begreiflich, daß auch manchen jungen Matrosen oder Steuermann aus dem kleinen Bürgerstande beim Eintritt in die Kirche statt der Andacht ein ehrgeiziges Verlangen anfiel, sich auch einmal den Platz dort oben zu erwerben und daß er trotz der eindringlichen Predigt dann statt mit gottseligen Gedanken, mit erregten weltlichen Entschlüssen in sein Quartier oder auf sein Schiff zurückkehrte. Zu diesen strebsamen Leuten gehörte Hans Kirch. Mit unermüdlichem Eum und Sparen hatte er sich vom Schiffsführer zum Schiffseigentümer hinaufgearbeitet; freilich

war es nur eine kleine Yacht, zu der seine Mittel gereicht hatten, aber rafflos und in den Winter hinein, wenn schon alle anderen Schiffer daheim hinter ihrem Ofen saßen, fuhr er mit seiner Yacht die Ostsee, und nicht nur Frachtschiffe für andere, bald auch für eigene Rechnung brachte er die Erzeugnisse der Umgegend, Korn und Mehl, noch den größeren und kleineren Küstenplätzen; erst wenn bereits an den Vudchten das Wasser fest zu werden drohte, band er sein Schiff an den Fochl und sah beim Sonntagsgottesdienste drohen im Schifferstuhl unter den Honoratioren seiner Vaterstadt. Aber lang vor Frühlingssankt war er wieder auf seinem Schiffe; an allen Ostseeplätzen kannte man den kleinen, bageren Mann in der blauen, schlotternden Schifferjacke, mit dem gekrümmten Rücken und dem vornüberhängenden dunkelhaarigen Kopfe; überall wurde er aufgehalten und angedredet, aber er gab nur kurze Antworten er hatte keine Zeit; in einem Tritte, als ob er an der Fallreestreppe hinaufkautse, sah man ihn eifertich durch die Gassen wandern. Und diese Rafflosigkeit trug ihre Früchte; bald wurde zu dem aus der väterlichen Erbschaft übernommenen Kaufe ein Stück Weienland erworben, genügend für die Sommer- und Winterfütterung zweier Kühe; denn während das Schiff zu Wasser, sollten diese Leute zu Lande die Wirtschaft vorwärts bringen. Eine Frau hatte Hans Kirch sich im Stillen vor ein paar Jahren schon genommen; zu der Köferei, welche diese bisher betrieb, kam nun noch eine Milchwirtschaft; auch ein paar Schweine konnten jetzt gemästet werden, um das Schiff auf seinen Sandelsfahrten zu verproviantieren; und da die Frau, welche er im Widerstreich mit seinem sonstigen Eum aus einem armen Schullehrerhause heimgeführt hatte, nun seinen Willen kannte und überdies aus Furcht vor dem bekannten Jähzorn ihres Mannes sich das Brot am Mund sparte, so pflegte dieser bei jeder Heimkehr auch zu Hause einen hübschen Gaufen Knechtel vorzufinden.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Freiheit“ eine allgemeine Uebersicht...

Der Reichskohlenrat...

So war freilich die Preisobergrenze...

Konferenz...

Im Verlaufe der Unterredung...

An die fenden, schlo eine Fülle...

Die C Neben...

In ihre demokratische...

Jean Jaurès und der aufbauende Sozialismus.

Von E. Grünbaum-Karlsruhe.

Seit vor 6 Jahren wurde Jean Jaurès, der große französische Sozialist und pazifistische Staatsmann ermordet. Die Anerkennung seiner Bedeutung ist in so hohem Maße eine Selbstverständlichkeit geworden, daß man für ihn wie für alle Großen der Menschheit nur wünschen muß, er möge weniger erhoben und fleißiger gelesen werden.

Gleich groß als Redner und Massenführer wie als Politiker und Pazifist, hat sich der am 31. Juli 1914 ermordete Jean Jaurès einen nicht minder großen Namen als Schriftsteller geschaffen, der in seinen Worten sowohl Banntrichter wie Organisator der sozialistischen Idee war. Gegenüber den großen sozialistischen Kritikern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist es hierbei vor allem ein Verdienst, die aufbauenden Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu weisen, die er mit friedlichen Mitteln, wie sie sich organisch aus der Entwicklung des Kapitalismus ergeben, zu begehren suchte. Diese Methode verbindet ihn mit den v. Vollmar-Bernstein-Kranz in Deutschland, den Ramsay MacDonald, Keir Hardie in England, während er von Karl Marx, dem er die Verbindung des sozialistischen Gedankens mit dem Proletariatsleben als „das entscheidende Verdienst“ nachrühmt, die Forderung auf Aufhebung der Klassenunterschiede durch Übertragung des Besitzes der Lebens- und Produktionsmittel an die „Allgemeine Genossenschaft der vereinigten Bürger“ übernimmt. Gleich Karl Marx vertritt er die Idee des Sozialismus, durch die Zusammenfassung der Proletariats, das sich mit ihm verbindet, „bedeutend und inhaltreich“ diese Antwort auch ist, sie „genügt nicht mehr“, denn „in dem Maße, wie sich die proletarische Macht vergrößert, vergrößert sie sich in bestimmten Formen: dem allgemeinen Wahlrecht, der Genossenschaft, der Genossenschaft und in den verschiedenen Formen der öffentlichen Macht und des demokratischen Staates“ als Träger des neuen Staatsgedankens mit dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes im Hintergrund.

„Eine großen sozialen Wandlungen, die man Revolutionen nennt, können nicht oder können nicht mehr das Werk einer Minorität sein. Eine revolutionäre Minorität, sei sie noch so klug und noch so energiegelad, reicht nicht aus, wenigstens nicht in der modernen Gesellschaft, um die Revolution durchzuführen. Sie bedarf der Mehrheit, des Beistandes der Majorität — der ungeschulten Majorität. Das ist bei der Revolution von 1789 klar ersichtlich. Sie ist nur darum ausgebrochen, sie hat nur darum ihren Zweck erreicht, weil die ungeschulte Majorität nun konnte wohl sagen: nahezu die Gesamtheit des Volkes sie wollte. Eine Klasse, die aus der Demokratie hervorgegangen ist, und die, nicht aus dem Geiste der Demokratie anspassend, ihre Diktatur über die ersten Tage der Revolution hinaus fortsetzt, wäre bald nicht anders, als eine Minderheit, die auf einem Gebiet lagert und die Reaktoren des Landes mißbräuchlich ausbeutet.“

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, entwickelte Jaurès seine Theorie der Entwicklung, wobei er scharf mit der Katastrophentheorie abrechnet: „Nicht durch den unvorhergesehenen Stoß politischer Aktionen wird das Proletariat zur Macht gelangen, sondern durch die methodische und legale Organisation seiner eigenen Kräfte unter dem Geiste der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts. Nicht durch Zusammenbruch der kapitalistischen Verhältnisse, sondern durch das Erkennen des Proletariats wird die kommunistische Ordnung sich allmählich in unsere Gesellschaft einführen. Ich wage zu behaupten, daß der Arbeiterklasse, um im Staate eine bedeutende Kraft zu sein, heute nur eines mangelt, nämlich die Erkenntnis, wie viel sie durch eine planvolle Aktion innerhalb der Demokratie vermag. Diejenigen, die abweichend von dem Stimmzettel und der Stimme predigen, diejenigen, die je nach der augenblicklichen Wundt und Ungunst des allgemeinen Stimmrechts ihm vertrauen oder mißtrauen, können durch die Zusammenhanglosigkeit ihrer Einstellungen den Normen der Partei.“

Nicht etwa ein opportunistisches Augenblicksbedürfnis nach Zulauf, befürwortet bei Jaurès eine Politik der planmäßigen allmählichen Reformen, sondern es geht sich aus der Situation der Arbeiterklasse heraus, aus dem Zwange der ökonomischen Verhältnisse:

„Die Arbeiterklasse drängt nach Reformen, ich meine nach haltbaren, unmittelbaren Reformen. Sie bedarf ihrer, um zu leben, um nicht unter der Last niedergedrückt zu werden, um mit festem Schritte der Zukunft entgegenzugehen. Nicht allein, weil alle Leben müssen, aber nur Leben können indem sie produzieren, nicht allein, weil eine übertriebene Überbeanspruchung des Kampfes auf die Dauer die moralischen Kräfte erschöpfen würde, greifen notwendigerweise gültige Reformen und Fortschritte ein, sondern auch weil die beiden in sich liegenden Klassen ein wirkliches Interesse daran haben, die Zukunft der Produktion zu sichern, von der in der kapitalistischen Gesellschaft der Profit für einen und Arbeitslohn der anderen abhängt und von der in der kommunistischen Gesellschaft das Wohl aller abhängen wird.“

Mit dem bogen verlangen nach Reformen, in dem einseitige „radikale“ oder auch „praktische“ Agitationsnaturen ihre volle Verteidigung finden, ist es jedoch einer positiven Zukunft entgegenzusehen wie Jaurès nicht gelang: gerade die Anhänger einer konstanten Entwicklung zum Sozialismus sind verpflichtet, mit der bestmöglichen Klarheit zu sagen, welcher gesellschaftlichen Form sie die Menschen und die Dinge zuführen wollen und durch welche Einrichtungen und Gesetze sie ihr Ziel erreichen wollen. In Theorie und Praxis gleich gut zu haften, entwickelt er in seinen Schriften ein detailliertes Reformprogramm, das aus den sozialistischen Einflüssen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die kommunistischen Wirtschaftssysteme in langamer stetiger Entwicklung herauszubilden sieht. Da man infolge der Unbestimmtheit des kapitalistischen Eigentums die mittleren und kleinen Besitzer nur durch präzise und fein abgestufte, ihr Interesse vollkommen wachsende Umformungen dafür gewinnen kann, einer Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in ein sozialistisches Eigentum zuzustimmen, wird die Majorität der Volksgenossen die letzten Einflüsse des kapitalistischen Schlimms nicht eher abbrechen, als bis das Fundament der sozialistischen Ordnung gelegt worden ist und das neue Gebäude den Menschen einen Segen wird bieten können.“ Eine falsche Methode ist deshalb nach Jaurès der revolutionäre Generalstreik, der die Arbeiter ohne

weiteres vom Bergwerk, von der Fabrik Besitz ergreifen läßt, da sie damit nur „einen Leichnam vor sich haben, denn das Bergwerk, die Fabrik sind nur tote Körper, wenn die ökonomische Zirkulation und die Produktion eingestellt sind“. Die Lokomotiven anhalten, die Schiffe unbeweglich machen, den Maschinen die Kassen verjagen, — das heißt: an die Stelle des einheitlichen und allgemeinen Lebens der Nation das zerstückte Leben unglücklicher örtlicher Gruppen setzen“. Deshalb muß sich der Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Wirtschaft organisch verstärken:

Beim Budget müssen durch den Einfluß der Demokratie und des Proletariats die Klassenausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt werden, die Ausgaben zum gemeinschaftlichen Nutzen erhöht und ein immer größerer Teil der öffentlichen Einnahmen zur Befreiung der Arbeiterklasse verwendet werden. Was wird die bereits begonnene soziale Revolution machen, wenn sie am Ende ihrer Entwicklung angelangt sein wird? Sie wird ohne Zweifel eine ganz neue Eigentumsordnung schaffen: an Stelle des bürgerlichen und kapitalistischen Eigentums wird die allgemeine Gemeineigentum an den Produktionsmitteln stehen. Aber in Hinsicht auf die expropriierten Individuen kann es sich sehr wohl nur um eine Veränderung der Eigentumsform handeln. Nichts hindert uns anzunehmen, daß die heutigen Besitzer des Eigentums beispielsweise für eine bestimmte Periode eine Anweisung auf die Erzeugnisse der kollektiven Produktion erhalten. Wenn erst die kapitalistischen Anlagen, Bergwerke und Eisenbahnen verstaatlicht sind, wird die Arbeiterklasse ein großes Interesse daran haben, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in diesen Betrieben dem Staate bei der Verwaltung und der Kontrolle der neuen öffentlichen Dienste beigeordnet werden. Sie wird ein großes Interesse daran haben, zu verlangen, daß „in Teil der Aktien bei jedem Unternehmen rechtmäßig dem Arbeiterorganisationen reserviert werde, damit endlich nach und nach das Proletariat bis zum Zentrum der kapitalistischen Macht vorbringen und damit aus der alten die neue Gesellschaft erleben möge mit jener unwiderstehlichen Macht, revolutionärer Evolution“ von der Marx gesprochen hat. Es wird notwendig sein, daß die Arbeiterklasse als Gesamtheit in den Verwaltungsräten der Wirtschaftsgesellschaften und bei der Festlegung der Dividende durch ihre Verbände aller Grade vertreten wird. Dann wird der Weg gebahnt sein, der stufenweise zu einer vollständigen Sozialisierung führen kann.“

Die Verwirklichung dieses sozialen Reformprogramms — das in mancherlei Hinsicht wie so manch anderer Gedanke des großen Sozialisten der Entwicklung der deutschen Republik parallel läuft — erfolgt jedoch „durch den mehr oder minder freiwilligen Beitritt der Majorität der Nation zu den nach und nach von der sozialistischen Minorität gemachten Reformvorschlügen“. Deshalb bedarf es vor allem neben der Arbeiterkraft der tatkräftigen Mitarbeit der Bauern:

„Wenn die Bauern nicht mit uns sind, werden sie gegen uns sein. Da der Kollektivismus die Mitwirkung der Bauern zur Voraussetzung hat, da z. B. notwendig ist, daß sie bereit sind, ihre Erzeugnisse an die gesellschaftlichen Vorratsmagazine zu verkaufen, so würde ihr passiver Widerstand hindern, die Revolution auszuführen und zu führen. Die Zustimmung der bäuerlichen Besitzer ist umso notwendiger, als im Verhältnis zu ihrer Zahl die Zahl der Grundbesitzer abnimmt. Aber sie werden ihre Zustimmung seiner politischen Bewegung geben, deren Wirkung sie nicht absiechen können. Sie werden sie nur einer Bewegung zugeben, die sie selbst mit geplant haben, die durch die feste Vermehrung ihrer Produktionskraft und Verbesserung ihrer Lebenslage sie über Ziel und Zweck der sozialistischen Aktion vollkommen beruhigen wird.“

Den Rahmen der die Verwirklichung des Sozialismus liefert hierbei die Nation, weshalb der Satz „Die Arbeiter haben kein Vaterland“ dem großen Franzosen nur eine leidenschaftliche Lanze“ bedeutet, die faktische Verneinung der Gesetze selbst und alles dessen, was die Eigenheit und Kraft der marxistischen Dialektik ausmacht“, er bedeutet „den Gedanken der Tirade opfern“. So wird ihm der Patriotismus verbunden mit der Idee der Freiheit sei völliger Ausschaltung jeglicher nationalstaatlicher Gebilde Pflicht, die er in der „Neuen Armee“ in ein gewaltiges Verteidigungssystem zu bringen sucht:

„Keine Demokratie, auch nicht die friedensfreundlichere, konnte je Wurzel fassen und sich dauernd behaupten, ohne sich für die nationale Unabhängigkeit hafter zu machen. Keine Nation, auch nicht die militärisch bestgerüstete, konnte sich konstituieren oder retten, wenn sie nicht bis zu einem gewissen Grade die revolutionären Kräfte der Freiheit zu Hilfe rief. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinen inneren Wesen seiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtshaft zustimmen kann. Wo immer es ein Vaterland, das heißt eine historische Gruppe gibt, die sich ihrer Kontinuität und Einheitlichkeit bewußt ist, da ist jeder Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit ein Rückschlag in Barbarei. Die Behauptung, die Proletariat, vom Kapital gezeichnet, könnten durch Einfall und Eroberung nicht in schlimmere Knechtshaft geraten, ist unhaltbar.“

Aus diesem tiefinnerlichen Patriotismus heraus bekämpfte Jaurès mit dem ganzen Schwung seines gewaltigen Temperaments den Krieg, da er die Unabhängigkeit der Nationen auf schwerste gefährdet und die organische Aufwärtsentwicklung der Menschheit hemmt. Deshalb stellt er die Zukunft durchdringende pazifistische Staatsmann seiner patriotischen Kenntnis zur Seite den Internationalismus, den Völkerverbund, das internationale Schiedsgericht:

„Die selbständigen Vaterländer müssen mit internationalem Geiste durchdrungen werden; unter dem Schutze des Weltfriedens muß, durch die vereinten Kräfte der Arbeiter aller Länder, die Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit gefördert werden. Aber Demokratie und Nation bleiben die wesentlichen Grundbedingungen jeder weiteren und höheren Entwicklung. Nur durch den freien Bund autonomer Nationen, die alle Gewaltstreiche vermeiden und sich allgemeinen Rechtsnormen unterwerfen, kann die menschliche Einigkeit verwirklicht werden. Aber das ist nicht die Abschaffung der Vaterländer sondern ihre Veredlung.“

So hat Jean Jaurès dem aufbauenden Sozialismus ein Testament von Ewigkeitsbedeutung hinterlassen, dessen Aufgabe die Völkerveredlung mit unbeugbarer Tapferkeit und weitsehendem frischem Reformgeist gemäß seinem Sinne eine sich fortsetzende Aufgabe der Sozialisten aller Länder sein dürfte, da dies gleichzeitig der einzige Weg ist, Europa und seine Kultur vor der Götterdämmerung zu retten.

Die „Germania“ allerdings erzählt, die Regierung bereite eine allgemeine Amnestie für alle an dem Rapp-Putsch und dessen Umwälzung beteiligten Personen vor, aber es wird ausdrücklich bemerkt, daß nur „politische“ Vergehen, nicht „gemeine Verbrechen“ für straflos erklärt werden sollen. Das ist eine sehr mißtrauenswürdig Nachricht. Im bayerischen Landtag haben ja auch am Mittwoch sämtliche bürgerlichen Parteien dem Antrag der kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Verurteilung des Rapp-Putschs zugestimmt. Es wird schon so kommen, daß den Rapp-Verbrechern auch die Erleichterung weitaus als entschuldigendes politisches Vergehen angerechnet wird, während man die bewaffnete Abwehr der Mörderebenen, als zuchtschuldige Verbrechen klassifizieren wird.

Die Einstufigkeit aber, die überall im Reich den Rapp-Verbrechern durch ihre verborgene Mitwirkung in den Stillel helfen, durch keinen Grund sich zu beschweren, wenn die Weisheit, die sie selbst fertigen helfen, ihnen selber blutige Striemen ins Gesicht schlägt!

Der künstlich gesüchtete Deutschentum.

Der Kenner der Staatszeitung entnehmen wir folgenden bemerkenswerten Artikel.

Präsident Wilson hat in seinen Kriegserklären versucht, zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Unterabteilungen zu machen. Seine Mitarbeiter und Untergebenen greifen zu der entgegengesetzten Politik, indem sie die öffentliche Meinung in Amerika zu einer wahren Wut des Hasses gegen alles, was deutsch heißt, aufsteigend. Das „Department“ für falsche Information“ und die unwillkürliche Zensur ermöglicht ein blindes und verständnisloses Massenverurteilen, das seinen schätzbaren Exponenten in der Person Palmer, des Generalanwalts und früheren Verwalters fremden Eigentums, besetzt.

Es war es nur natürlich, daß die Männer mit dem ausgeprochensten Haß die höchsten Gipfel positiver Förderung erreichten, ganz in ähnlicher Weise wie die Männer, die den Frieden in Paris gemacht, durch den Geist des Hasses und nationaler Selbsthütung dominiert. Aus diesem Gehirn konnte nur, als unermeidliche Folge, die gegenwärtige internationale Lage erwachsen.

Wenn die Geschichte eine Lehre zu bieten hat, so ist es die, daß Rassisterei und Vorurteil und Haß die Zivilisation nie um einen Schritt vorwärts gebracht haben. Sie lösen sie in eine Frage, sondern leiten nur mit zwingender Gewalt zu neuen Kriegen, neuem Elend und neuen Sorgen.

In den Vereinigten Staaten ist der Rassentum in raschem Schwinden begriffen, weil das große deutsche Element sich persönlich allgemeiner Achtung erfreut und eine starke Schranke gegen Gewaltrevolutionen bildet. Die ganze Atmosphäre, von den Palmers, Colbys und der Gerards um uns verbreitet, wird künstlich erzeugt und ungesund und tragt vornehmlich bis ins Neueste aus aus vielfältigen Elementen zusammengesetztes Volkselement.

Millionen Deutscher, denen die verflochtenen sechs Jahre schwere Enttäuschungen und Elend gebracht haben, stehen im Begriff, nach den Vereinigten Staaten auszuwandern. Hier werden sie das Willkommen und den Aufenthalt finden, nach dem ihre Sehnsucht steht. Weber die Propaganda, von offiziellen deutschen Kanälen dagegen gerichtet, nach die Heberhülfe der antideutschen Propaganda auf dieser Seite des Ozeans werden im Stande sein, diese große Völkerverwanderung zu verhindern.

Aus der Partei.

Konferenz des Unterbezirks Karlsruhe vom 5. Wahlkreis.

Am Gegensatz zu den bisher stattgefundenen Konferenzen der Unterbezirks des 5. Wahlkreises war die gestrige Konferenz vom Unterbezirk Karlsruhe mangelfast bedacht. Nichts-Konsequenter herrschte aber bei den anwesenden Vertretern ein erneuerlicher Geist für die zukünftige Parteiarbeit, der uns Gutes lassen läßt. Keine Verteilungen hatten entfiel die Mitgliedschaften Blankheim, Friedrichsreud, Liederle, Linderhaim und Welfschneureit. Diese Unvollständigkeit vorgehen der Organisation kann nicht genug in ihrem eigenen Interesse bedauert werden.

In kurzen Zügen gab Parteisekretär Gen. Trinis einen Überblick auf die verflochtenen Wahlen, die Arbeiten zu erledigen und diejenigen seit der Wahl freizusetzen. Nach diesem Überblick ging er zu den Zukunftsaufgaben der Parteiarbeit über und behandelte speziell die zu leistenden Arbeiten auf organisatorischem Gebiet. Gen. Trinis betonte u. a., daß insbesondere die Bildungsarbeit zu beginnen habe, die systematisch und planmäßig zu erfolgen hat. Ein besonders Augenmerk ist auf die Gewinnung der Jugend zu richten und ebenso der Agitation für die Presse, den „Volkstfreund“ und der Frauenpropaganda.

An die Ausführungen des Gen. Trinis, die gute Aufnahme fanden, schloß sich eine sehr anregende Diskussion an, die eine Fülle von wertvollen Fingerzeigen gab. An ihr beteiligten sich die Gen. Schel, Gorden, Schmidt, Haggfeld, König, Rörck, Feininger, Blaus, Reinger, Amelungen und Reh. Eisele-Karlsruhe. Die verschiedensten Gebiete, auf denen sich die Parteiarbeit bewegt, wurden gestreift, die Agitation, Bildungsarbeit, die sachliche Kampfesweise der U.E.P., die Agitation für den „Volkstfreund“ usw. Alle Redner waren einig in dem Wunsche, alles zu tun, was zu Ruh und Fortschritt der Partei und ihrer positiven Arbeit für die Arbeiterklasse notwendig ist. So betonte die Diskussion, die frei von jeder Höflichkeit war, daß nur wertvolles Material für die praktische Arbeit liefern, in der besten Weise.

Im Schlußwort ging Gen. Trinis auf einige in der Aussprache gestellten Anfragen ein und schloß indem gegen 7 Uhr mit einem warmen Appell zur ferneren Mitarbeit und mit dem Wunsche, das Gelingen der Partei und in die Tat umzusetzen, die ihm besten parteigenössigen Geist erfüllte und vorzüglich vertrauensvolle Konferenz.

Badische Politik.

Die Sozialdemokratie gegen die Wirtschaftskrise.

Neben anderen Fragen befaßte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion in ihrer gestrigen Fraktionssitzung mit der drohenden Wirtschaftskrise. Insbesondere wurde die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten verlangt, wobei neben der Arbeitslosenfürsorge besonders die Inangriffnahme des Refortarkans und die Fortführung Millgelegter Betriebe aus allgemeinen Mitteln betont wurde. Die Fraktion wird in diesem Sinne bei der Regierung und beim Reichsminister für Wirtschaftswesen vorfindet werden und sofortige energische Maßnahmen verlangen.

Sagenstich.

In ihrer gestrigen Fraktionssitzung befaßte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion auch mit dem Unternehmen im Sagenstich und stellte hierbei die Forderung auf, vor Beendigung der Landtagsession von der Regierung authentisches Material und Aufklärung über die Vorgänge im Sagenstich zu verlangen.

Parteigenossen! Agitiert für den „Volkstfreund“!

Die Hagenziehangelage

wurde am Freitag im Haushaltsausschuß des Landtags besprochen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte volle Aufklärung und die demokratische Fraktion teilte mit, daß sie eine diesbezügliche kurze Anfrage beim Landtag eingereicht habe.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Verlangte die sozialdemokratische Fraktion beim Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses am Freitag nachmittag von der Regierung. Ihr Sprecher, Genosse Maier, wies auf die große Arbeitslosigkeit in den Städten, sowie selbst in kleineren Gemeinden hin.

Die Einstufung der Beamten in die Besoldungsordnung ist nunmehr insoweit beendet, daß der Haushaltsausschuß des Landtags gestern die erste Lesung der Beratung erledigt hat.

Die Redaktionskassation. Am nächsten Montag wird der erste Spatenstich zu dem Kraftwerke bei Herbolzheim, das im Rahmen der Redaktionskassation ausgeführt wird und etwa 600 Arbeitslosen Beschäftigung bieten wird.

Der Verfassungsausschuß des Landtags sprach sich in seiner Sitzung am Mittwoch dahin aus, daß auch fernerhin Wünsche zu den Verkehrsfragen sowohl für den Eisenbahnverkehr als für Kraftwagenlinien von dem Verkehrsamt zu erörtern sind.

Der neue Erzbischof. Die in kirchlichen Fragen gut unterrichtete freie Stimme (Madohesell) weist zu melden, daß als Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs bereits der ehemalige Klosterpater in Baden-Baden, Joh. Gg. Gumbel, genannt wurde.

Abgewiesen. Das Staatsministerium hat den Refers des Hauptlehrers Kunz in Dörsenthal, der wegen unerlaubter Entfernung vom Dienstorte, Beleidigungen von Behörden und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Staatsverwaltung durch Disziplinarerkenntnis des Unterrichtsministeriums mit Strafverbuchung unter Widerruf der etatmäßigen Anstellung bestraft worden war, zurückgewiesen.

Deutscher Reichstag.

Berlin 30. Juli.

Das Haus steht heute im Zeichen kleiner Anfragen. Nicht weniger als 41 hatten der Beantwortung. Eine Reihe von Anfragen muß abgesetzt werden weil die Fragesteller nicht anwesend sind.

Freiherr v. Versner, was die Regierung zur Befreiung der noch in Avignon zurückgehaltenen Kriegsgefangenen zu tun gedenkt.

Ein Regierungsvertreter entgegnet, es handle sich um 350 Gefangene, die sich während der Gefangenschaft Straftaten aufzubringen kommen ließen. Die Regierung habe ihre Begnadigung verlangt und die französischen Behörden sind nunmehr mit der Prüfung beschäftigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Kochsch (D.M.), welche Maßnahmen die Regierung im Einvernehmen mit den großen wissenschaftlichen Instituten ergreifen werde, um dem Fortschritt der deutschen Wissenschaften zu steuern, deren Publikationen wegen Steigerung der Preise für Druck und Papier gefährdet sind.

Staatssekretär Schulz: Die Angelegenheit befindet sich im Stadium der Vorbereitung. Eine Denkschrift wird darüber verfaßt und dem Hause vorgelegt werden.

Abg. Frau Pfeuß (Soz.) fragt, ob die Regierung den durch die Reichsbesetzung bedingten Gesehensmurs über die Ausgestaltung der Schulen mit den einzelnen Ländern erledigen wolle.

Staatssekretär Schulz erwidert die Vorbereitungen sind im Gange deren Vorlage im Herbst 1920 erfolgen wird. Es muß da unbedingt professionelle Duldsamkeit erwartet werden.

Abg. Schirmer (W.P.) fragt ob die Regierung nicht angeht die Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes und der hohen Papierpreise eine Hilfsaktion für die Presse in verschärfter Weise aufzunehmen und billige Papierlieferungen durchzuführen wolle.

Ein Regierungsvertreter erwidert die Regierung habe für die Zeit vom 1. März bis 1. Juli den Betrag von 10 Millionen Mark zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung gestellt. Eine ähnliche Summe werde für die Zeit nach dem 1. Juli folgen.

Abg. Simon (Soz.) fragt, was die Regierung tun wolle gegen die in Augsburg erfolgte Entlassung verfassungstreuer Mannschaften aus dem 42. Schützenregiment durch das Offizierskorps.

Ein Regierungsvertreter erwidert, die Verschuldigung gegen das Offizierskorps anlässlich des Kampfs hatten sich als unrichtig erwiesen dagegen habe sich im Regiment ein bestimmter Kreis von Unteroffizieren und Mannschaften im Sinne politischer Betätigung zusammengeschlossen, wodurch die Mannschaften und der innere Zusammenhalt gefährdet wurden.

Es folgen Interpellationen. Ein Regierungsvertreter erklärt die Regierung werde die Interpellationen der Demokraten wegen der Höhe der durch die Beschneidung des Rheinlands erwachsenen Kosten innerhalb der geschäftsordnungsrechtlichen Frist beantworten.

Ein Reichsminister erklärt, die Regierung wolle die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Regelung der Dauer der Dienstpflicht erklären.

Abg. v. Gallwitz (D.M.): Wenn gestern eine Säule aus dem Holz von herausgehoben worden sei, so solle heute das ganze Gebäude zum Einsturz gebracht werden. Ein Soldatenheer ist für uns nicht brauchbar.

Abg. Rosenfeld (U.C.) spricht von dem Glend, das die allgemeine Wehrpflicht und der Militarismus hervorgerufen haben. (Stürmischer Widerspruch. Rufsurse rechts. Die Deutsch-Nationalen und die Mitglieder der Deutschen Volkspartei ver-

lassen den Saal.) Die große Mehrheit des Volkes trauert um ihre Verluste, nicht um die allgemeine Wehrpflicht.

Abg. v. Karberg (D.M.): Ich bitte in diesem Augenblick, wo wir am Grab aller Hoffnungen stehen, den Ernst der Stunde etwas feierlicher zu begehen. (Die Rechte tritt wieder den Saal. Der preußische Militarismus ist tot, der französische Imperialismus lebt. Ist der Bolschewismus nicht Militarismus? Daß die Bestimmungen eine unendlich tiefe Schmach für uns sind, dafür muß auch die linke Verständnis haben.

Abg. Dr. Schilling (Dem.) begründet seinen Antrag auf Einführung eines allgemeinen Wirtschaftsdienstes für das Jahr 1921. Die Erziehung zur sozialen Gesamtheit, zum bewußten Bürgertum zusammen mit wirtschaftlicher Pflege, Beschäftigung mit Handarbeiten und landwirtschaftlichen Arbeiten seien Forderungen seines Antrages.

Abg. Dr. Breitscheid (U.C.) lehnt den Antrag Schilling ab. (Abg. Schilling (Soz.): Der Gedanke des Antrags Schilling ist gut aber nicht in diesem Rahmen, zumal auch ein scharfer Grund auf das Ausland zu befürchten ist.)

Abg. Frau Bunn (U.C.) erwartet nichts von dem Antrag und verlangt eine völlige Änderung der Jugendberichterstattung und zwar für alle gemeinsam.

Abg. Dr. Naas (Dem.) bedauert, daß nicht alle heute von der Trauer befallen seien. Die Haltung der Unabhängigen beruhe er nicht. Das Geseh müsse verabschiedet werden, aber so könne es nicht bleiben, daß alle Welt in Waffen starren und nur wir wehrlos bleiben.

Abg. Herßel (It.): Es wäre besser gewesen, das Geseh ohne Debatte zu verabschieden.

Abg. Reich (W.P.): Unter dem Druck der Verhältnisse stimmt seine Partei der harten Notwendigkeit des Entwurfes zu.

Reichsminister Dr. Geßler: Der Gesehentwurf ist kein Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern eine Ausführung des Diktats von Versailles. Ich danke den Abgeordneten, die dem alten Geese gedankt haben. Ich glaube nicht, daß dieser Ausnahmezustand für uns von langer Dauer sein kann. (Hör! Hör! links.)

Abg. Dr. Schilling (Dem.) zieht seine Resolution zurück.

Der Gesehentwurf wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Es folgt die zweite Beratung des Gesehentwurfes betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes.

Abg. Reil (Soz.) bedauert, für seine Partei die Zustimmung nicht geben zu können. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie solle doch gehoben werden. Die Kohlensteuer erschwere dies nur. Eine Verbilligung der Kohlenstoffe und speziell der Kohle könne hier helfen.

Abg. Eisenlohr (U.C.): Seine Partei beantrage Herabsetzung der Steuer auf 4 M für die Zone und Befreiung des Handbrands von dieser Steuer. Mit der Schraube ohne Ende, die letzten Endes wieder auf Kohlenförderung hinausläuft, müsse Schluss gemacht werden. Die Kohlenfrage sei die Hauptsache des inneren Wiederaufbaues.

Der Gesehentwurf wird angenommen. Das Geseh wird darauf in dritter Lesung gegen die beiden Linksparteien angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesehentwurfes betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Dr. Naaburg (Soz.) polemisiert gegen den Antrag der Reichspartei, daß die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben werden solle, abgesehen von den Strafmahnahmen in Kriegsjahren und gegen die Angehörigen der Reichsmarine an Bord der in Dienst gestellten Kriegsschiffe.

Abg. Brüninghaus (D.M.) verweist darauf, daß für die Marine besondere Verhältnisse vorliegen.

Abg. Hofenkamp (U.C.) ist der Ansicht, daß der Antrag der Reichspartei gegen die Verfassung verstoße.

Abg. Lohmann (Soz.) widerspricht dem Antrag der Reichspartei und erklärt, daß der Antrag der Reichspartei mit 188 gegen 166 Stimmen angenommen.

Fliegertod in der Wüste.

Das Tagebuch eines Verschmachtenden.

Ein erschütterndes Dokument tragischen Sterbens wird in der "Illustration" in der Gestalt eines Tagebuchs veröffentlicht, das einer der beiden französischen Flieger, die den General Kaperrine auf dem missglückten Flug nach Timbuktu begleiteten, bis in die letzten Todesstunden geführt hat.

Der General in seinem Koffer hatte. Nach dem Flugzeug zurückkehren wollten. Alle drei waren immer schwächer geworden, und der General litt sehr.

Die beiden Flieger verfluchten dann, den Militärposten von Timbuktu zu erreichen, von dem sie annahmen daß er etwa 125 Kilometer entfernt sei, aber der eine Flieger, Bernard, brach fast sofort zusammen und mit wachsender Verzweiflung in ihren Herzen kehrten sie zu dem General zurück, der ihnen zu dem Marsch geraten hatte.

Der General starb am nächsten Tage. Vor seinem Tode sagte er: „Meine Kinder, die Leute denken, daß ich die Wüste kenne, aber niemand kennt sie. Ich bin die Ursache eures Unglücks.“

Das Tagebuch berichtet: Bernard ist ein etwas Altkamerade, das der General in seinem Koffer hatte. Nach dem Flugzeug zurückkehren wollten.

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

„Wir wollten es morgen mit unseren letzten drei Angeln tun.“ Sehr früh am Morgen des 14. März hörte ich Bernard sagen: „Ich habe noch ein wenig Hoffnung.“

Jahren seit Kriegsende bildete die Begrenzung des Schuttes und die Freilegung der Straßen, wofür die zurückbehaltenen Kriegsgeländereisen nicht ausreichten.

Die Ausbesserung der zerstörbaren Häuser nimmt heute noch die gesamte Bautätigkeit in Anspruch; wir zählen kein halbes Duzend Neubauten, die über die Fundamente hinaus fortgeschritten waren.

Die zurückgebliebenen Bewohner behelfen sich mit Holzbohlen, transportierbaren Pavillons, militärischen Baracken, die für den Sommer recht sein mögen, beim Nachen des Winters stellt sich ihnen das Problem der Unterlunft wieder in seiner ganzen Brauamkeit.

Viele wohnen wie während der Belagerungsjahre in den Kellern, an denen eine Steinmauer die Reime keinen Mangel hat, aber um welchen Preis ihrer Gesundheit Reime lag während des ganzen Krieges auf der Schlafmatte; die nach dem Rückzug an die Aisne und Vesle von den Deutschen angelegte Verteilungsstelle reicht an die nächsten und westlichen Grundbaugruppen der Stadt und war eine der stärksten der ganzen Front.

Die französische Offensivfront von 1918 hatten die unmittelbare Umgebung von Reims zum Schauplatz, die ein einziges Schlachtfeld und Trümmerfeld ist. Den Rest der Stadt selbst konnten die Deutschen nach dem kurzen Erdbeben im September 1914 nicht behaupten, wohl aber hielten sie sie unter ihren Kanonen.

Das Bombardement drohte unaufhörlich und zu gewissen Zeiten wühlte es einer Furie gleich. In der Nacht vom 21. auf den 22. Februar 1915 fielen mehr als 1500 Geschosse und Brandgranaten, am 29. April und 30. Juli zählte man je 500 Treffer, im April 1916 1200 an einem Tage, am 26. und 27. Oktober desselben Jahres 1600 am 1. April 1917 wurden 2800 Fallorte festgestellt, in der Nacht vom 7. auf den 8. April 1917 wurden 2800 Fallorte festgestellt, in der Nacht vom 7. auf den 8. April 1917 wurden 2800 Fallorte festgestellt.

Die Beschießung, die es ursprünglich auf den Stadtteil abgesehen in dem der Stadt des General Franchet d'Esperey Quartier bezogen hatte, dehnte sich vom November 1914 auf sämtliche Quartiere aus. Der Gebirg der Brandgranaten, denen bereits 1917 die stärksten Straßengänge zum Opfer gefallen waren, verallgemeinerte sich im April 1918 zu einem förmlichen Schmelzregen, dem die letzten paar hundert Bewohner weichen mußten.

Nur die Saperey-Bombiers, verdrängt durch eine Abteilung Pariser Feuerwehr, blieben in dem Gemorra zurück und erschöpften sich in einem nutzlosen Kampfe gegen die Elemente. Tausende von Straßen, Hunderte von Häusern brannten zugleich und stellen die schrecklichsten Brandbilder dar, die der Weltkrieg angeht hat.

Im Angehies eines solchen Zerfalls, dessen militärische Notwendigkeit dem Reimsbevölkerung nicht einzusehen will, verweist der Besucher, wie früher es für das französische Volk ist, über das Geschehene hinwegzukommen und doch, anders als durch Zusammenarbeiten zwischen den Nationen kann eine Stadt wie Reims nicht aufgebaut werden!

Wie es in Reims aussieht.

Ein Besucher der unglücklichen im Kriege so vielgenannten Stadt schildert seine Eindrücke in der Reims'ischen Zeitung: Von 14 000 Häusern, die die Stadt Reims zählte, fand der Bewohner nach ihrer Rückkehr im Oktober 1918 nur 60 verbleibend!

Alle übrigen waren von Geunaten durchwühlt, vom Feuer vergerst, vom Regen verrotten; die Straßengänge eingewickelt, ganze Quartiere dem Erdboden gleichgemacht, jämliche öffentlichen Gebäude in Schutt und Asche verwandelt. Die Stadt gleicht vielmehr einem Vauplag als einem solchen zum Neubau!! Die Hauptarbeit in den anderthalb

Durlach.

Gemeindeverwaltung. Einem Bericht der Gemeindevorstandung über die Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung. Der Bericht enthält die Beschlüsse der Gemeindeversammlung vom 23. Juli 1920. Die Gemeindevorstandung hat beschlossen, die Gemeindeverwaltung in Durlach zu verlagern.

trauert um

Augenlid, Ernst der

trag auf

schling ab

heute dom

das Gefeh

erhalten, aber

der dritte

es betr

Bestimmung

erlaubt

aufgehoben

im Wege

angef

Schuldes

der

Wartung

teubauten

ten. Die

trans

für den

stellt sich

ganzen

agerungs

teims fest

schuldig

Zu der Gesamtstimmung, die die Annahme des Gesetzes gegen die beiden Reichsparteien ergibt, stellt Vizepräsident Bell...

Nach Erledigung der Etatsergänzungen zum Reichswehrministerium und Wiederaufbauministerium verlegt sich das Haus auf Samstag vormittag 11 Uhr: Entwurfungsarbeiten, Fortsetzung der Etatsberatung.

Gemeindepolitik.

19. Verbandsversammlung des Bad. Sparkassenverbandes. Am 24. Juli fand unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden, Bürgermeister Ritter-Mannheim, die 19. Landesversammlung des Badischen Sparkassenverbandes in Bruchsal statt.

a) die Kassen haben dabei mitzuwirken, daß die Steuerpflichtigen überwacht und zur Steuer herangezogen werden. Hierfür beziehen sich die Vorschriften gegen die Kapitalflucht...

Sodann berichtete Sparkassendirektor Schmiedler-Mannheim über die Lage der Sparkassen. Er wies darauf hin, daß die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Sparkassen außerordentlich gestiegen seien und die neue Besoldungsordnung eine nochmalige schwere Belastung bringe.

Die Stadt Bruchsal hat sich sehr gastfreundlich erwiesen; unter großer Beteiligung seitens der städtischen Körperschaften hat am Vorabend eine Begrüßungsfeier stattgefunden und am Tage nach der Versammlung wurde nach dem Reichsstadtkonferenz bei Wohlsein besichtigt.

Aus dem Lande.

Gemeindeverwaltung. Das Anlagekapital für das elektrische Stromnetz beläuft sich auf 1,8 Millionen Mk. gegen 280.000 Mk. im Friedenszeit, das macht also eine Hebertenerung von 1,5 Millionen Mark.

Die Gemeindeverwaltung hat sich sehr gastfreundlich erwiesen; unter großer Beteiligung seitens der städtischen Körperschaften hat am Vorabend eine Begrüßungsfeier stattgefunden und am Tage nach der Versammlung wurde nach dem Reichsstadtkonferenz bei Wohlsein besichtigt.

Königswälder. Wie hatten in unserer Samstag-Nummer eine Notiz gebracht, worin mitgeteilt wurde, daß das Landespreisamt gegen einen Wienenzüchter Strafantrag gestellt hatte...

Die Schweinezucht ist einer der allerwichtigsten Betriebszweige der Landwirtschaft zur reichen Bedienung der Fleischmarkt, weil das Schwein das Haustier ist, das sich am härtesten vermehrt und auch am schnellsten Fleisch liefert.

Der Reichsminister der Finanzen hat am 24. Juli 1920 ein Gesetz über die Erhöhung der Einkommensteuer beschlossen. Das Gesetz enthält folgende Bestimmungen:

Die Einkommensteuer wird auf 15% erhöht. Die Steuerbefreiung für die ersten 3000 Mk. bleibt bestehen. Die Steuerbefreiung für die nächsten 2000 Mk. wird von 5% auf 10% erhöht.

Valuta-Bericht vom 30. Juli.

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 12,80 Fr. Auszahlung Holland notierte etwa 14,58 Fr. per fl., Schweiz 7,28 Fr. per sch. Fr., England 137% M. per Sp. Sterling, Frankreich 3,22 M. per frz. Fr., Neuholl 12 1/2 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 31. Juli 1920.

Das nördliche Tieflandgebiet hat sich südwärts über Deutschland ausgebreitet und in der Nacht überall stärkere Regenfälle gebracht. Da der tiefe Druck noch von einigem Bestand zu sein scheint, stehen weitere Regenfälle bevor.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 31. Juli.

Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, 4. August, abends 1/8 Uhr, findet im kleinen Festsaal die Fortsetzung der Gen.-Versammlung statt.

Am Montag, abends 1/8 Uhr, Vorstandssitzung im Volksfreund-Gebäude.

Frauenversammlung. Die am Donnerstag, 29. Juli, in der Krone stattgehabene Generalversammlung der Frauenvereinigung hatte einen beseren Verlauf erwarten lassen.

Die am Donnerstag, 29. Juli, in der Krone stattgehabene Generalversammlung der Frauenvereinigung hatte einen beseren Verlauf erwarten lassen. Die Genossin Frau Landtagsabg. Fischer hielt einen sehr eingehenden Vortrag über „Aufhebung der Zwangsmieterei und Abbau der Preisse“. Sie schilderte die Ursachen der Preissteigerungen und des Lebensmittelmangels und verurteilte scharf den Egoismus und die Profitgier gewisser Volksteile, denen die Not und der Hunger ihrer Mitmenschen gleichgültig ist.

Die Erwerbslosenfrage. Wohl selten ist ein schwerwiegendes Problem von einem großen Teil der Bevölkerung so oberflächlich betrachtet worden, als das der Arbeitslosigkeit.

Mancher sieht, weil er das Arbeitslosenproblem nur rein scheinbar betrachtet und sich nicht in dasselbe vertieft, in dem Verschleppungsstadium nur den Paulsen und ist entsetzt, daß er mit seinen Steuergroschen, dem Teuertag seiner eigenen Arbeit, die Erwerbslosenunterstützung mit aufbringen muß.

Arbeitslose dagegen, der nach Arbeit sucht, der durch seiner Hände Mühen seinen Lebensunterhalt selbst erwerben möchte, wird durch solche abschreckende Beurteilung verbittert, fühlt sich ausgeschlossen abgedrängt und wird nicht selten wider Willen - radikalisiert.

Nur wenige vermögen sich in die Seele des Erwerbslosen hineinzuversetzen. Was will er? Nichts weiter als Arbeit, die heutzutage angemessen bezahlt, ihm eine bestimmte Lebenshaltung ermöglicht, innere Befriedigung verleiht, ihn als vollwertiges, mitschaffendes Glied der Volksgemeinschaft gelten läßt.

Parisruhe zählt zurzeit 1154 Arbeitsuchende, davon erhalten 632 Erwerbslosenunterstützung, darunter 9 weibliche Personen. Jeder Tag kann aber weitere Arbeitslose bringen. Dazu kommen Tausende von Kurzarbeitern.

Der Arbeitslose will kein Almosen er will sich das zum Lebensunterhalt dringende Nötige mit eigener Kraft erwerben und will mitarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Beim Bad. Arbeitsministerium ist bereits vor längerer Zeit die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose beantragt worden, jedoch ist die Genehmigung des Reichsarbeitsministeriums bisher noch nicht erfolgt.

Aus der letzten Stadtratssitzung.

Der Stadtrat hat am 29. Juli eine Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses angenommen. Der Verwaltungsausschuß hat dem Stadtrat empfohlen, dem Reichsarbeitsministerium die Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose zu beantragen.

Produktive Erwerbslosenförderung. Zur Förderung des Abbaues der Erwerbslosenfrage wird die Herstellung eines Gehweges in der Altsiedleranlage längs des Albers zwischen Eisenstraße und Pöhlcher Gemarkungsgrenze beschlossen.

Aufhebung des Fleischamts. Nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Schlachtvieh und Fleisch beschließt der Stadtrat, nun auch das städt. Fleischamt aufzuheben und die Abwicklungsangelegenheiten desselben dem Schlacht- und Viehhofamt zu übertragen.

Gemeinschaftstaktik mit der Altbahn. Im Inzeratensteil befindet sich eine Bekannmachung über die Neuregelung des Gemeinschaftstakts mit der Altbahn.

Karlruher Familienkassenkasse. Am Donnerstag abend fand im Saale des Restaurants zum „Elefanten“ eine außerordentliche Generalversammlung der Familienkassenkasse statt. Im Hinblick auf die bedeutend erhöhten Arzthonare, die erhöhten Medikamentenpreisen, sowie die erhöhten Verpflegungskosten in den Krankenhäusern und der Wärdereien, stand eine 60-80prozentige Beitragserhöhung zur Beschlussempfehlung.

Der Geschäftsführer Herr S. Stang, erläuterte dann noch in eingehender Weise den finanziellen Stand der Kasse und betonte, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge das mindeste sei, was verlangt werden müsse, um die Einnahmen mit den gesteigerten Ausgaben in Einklang zu bringen.

Bei der Abstimmung über die Vorstandsentscheidungen wurden dieselben einstimmig angenommen. Nach Abschluß des neuen Vertrags mit der ärztlichen Vertragskommission soll eine neue Versammlung einberufen werden zur Orientierung der Mitglieder.

Mintheim. Morgen Sonntag hält die hiesige Ortsgruppe des Arbeiteradambundes „Solidarität“ im Gasthaus zur „Friedrichstraße“ ihre Gründungsfeier ab.

Zurückgekehrt
Dr. Janson
 Ettlingerstraße 29.

Colosseum.
 Heute Samstag Schlußtag!
?? Wer wird Sieger ??
 Es ringen: Grunewald geg. Christensen.
 Freier Ringkampf alle Griffe erlaubt!
Küpper gegen Gemmel.
 Hierauf Proklamierung u. Preisverteilung!

Gesang-Verein „Harmonie.“
 Großes
Gartenfest
 mit Tanz u. Volksbelustigungen
 am 4725
Sonntag, den 1. August 1920
 Schrempf'scher Bierkeller,
 Beiertheimer Allee.
 — Beginn: 3 Uhr. —

Groß-Varieté
Birkeneder
 auf dem Schmieder'schen Platze.
 Heute
Samstag, den 31. Juli, abends 8 Uhr
I. Gala-Eröffnungsvorstellung
 mit einem erstklassigen 4730
Riesen-Programm!
Sonntag 2 Vorstellungen
 Nachmittags 3 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr.
 — Näheres siehe Plakate! —
 Die Direktion.

Erntetanz
Obergrombach.
 Morgen Sonntag, 1. August findet im 3738
 Gasthaus „Zum Fische“
öffentlicher Tanz
 des Musikvereins statt, wozu freundlich
 einladet
 Der Vorstand.

VII. Murgtal-
Gau-Turnfest
 am
7., 8. und 9. August 1920
 in
Gaggenau.
Fest-Folge:
Samstag, den 7. August:
 Abends 8.30 Uhr: Fackelzug mit Fackel-
 reigen auf dem Festplatz, anschl. Fest-
 bankett im Saalbau-Gambrinus-Halle.
Sonntag, den 8. August:
 Morgens 5 Uhr Wecken; von 6.30 Uhr
 ab Einzelwettkämpfe; von 9 Uhr ab
 Vereinswettkämpfe; von 12 Uhr ab
 Mittagessen; nachmittags von 2 Uhr ab
 Festzug; von 3 Uhr ab allgemeine
 Freilübungen auf dem Festplatz,
Gaumeisterschaftsturnen
 an Reck, Barren und Pferd,
 anschließend Vorführungen der Schüler-
 und Damen-Riege, **Schauturnen**, von
 5.30 Uhr ab: Preisverteilung, abends
 von 8.30 Uhr ab: Festball in verschie-
 denen Lokalen.
 Besonders auf die Sonntag nachmittag
 stattfindenden allgem. Freilübungen
 und Gaumeisterschafts-Wettkämpfe,
 an Reck, Barren und Pferd als inter-
 essante, turnerische Vorführungen
 hinweisend, laden wir alle zu dieser
 großen turnerischen Veranstaltung
 freundlichst ein. 4724
Turnerbund Gaggenau.

Männergesangverein
 Karlsruhe e. V.
 Sonntag, 1. August,
 nachmittags 3 Uhr
Gartenfest
 im „Kaiserergarten“, Kai-
 serstraße, verbunden mit
 Preisfischen, Glüh-
 wäfen etc. sowie Kinder-
 spiele.
 Mitglieder und deren
 Angehörige, Freunde und
 Gönner des Vereins sind
 freundlichst eingeladen.
 Bei ungenügender Wit-
 terung findet dasselbe am
 7. August statt. 4726
 Der Vorstand.

Großwäscherei Gall
 früher größte Anstalt
 Süddeutschlands in
 Strassburg.
 Ich 2730
bringe
meine
Kragen
 damit sie schnell in
 8 Tagen gut ge-
 waschen u. gebügelt
 werden nach
Kaufhaus J. Heysler
 Durlach.

Konservatorium für Musik
 der Landeshauptstadt Karlsruhe, zugleich Theaterschule (Opern- u. Schauspiel-
 Schule) — früher Großherzoglich. Konservatorium
Beginn des neuen Schuljahres am 15. September 1920.
 Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion u.
 durch sämtl. hiesigen Musikalien- u. Musikinstrumenten-Handlungen. Alle auf die
 Anstalt bezügl. Anfragen und Anmeldungen zum Eintritt sind zu richten an den
 Direktor
Hofrat Professor HEINRICH ORDENSTEIN, Sofienstrasse Nr. 43
 Sprechstunden: vom 8. September ab täglich — ausser Sonntags — von 10—12 und 3—5 Uhr.

Photographisches Atelier
Rembrandt
 verbunden mit
 Neue Süddeutsche Vergrößerungs-Anstalt
 empfiehlt sich im Anfertigen von
 Porträts, Gruppenbildern
 sowie Vergrößerungen nach jedem
 auch schlechten Original, zu maks. 4154
 Preisen und pünktlicher Lieferung
 Prompter Versand nach auswärts
 Telefon 231 — KARLSRUHE — Karl-Friedrichstr. 22

Palast-Lichtspiele
 Moderne Lichtspielbühne
 Herrenstr. 11 Telefon 2502
Nur 4 Tage!
Der große Wiener Kunstfilm
Die gekreuzigt
werden
 Die Tragödie eines Menschenfreundes
 Ein Vorspiel und fünf Akte.
 In den Hauptrollen:
Robert Valberg und Grete Haid.

Ferner:
Der falsche Baronett
 Aus dem
 Tagebuch des berühmten Defektiva
Nie Carter
 4 Akte mit 3737
Bruno Siehgrün.

Sportplatz K.F.V.
 verl. Moltkestr. = Strassenbahnlinie 5
Sonntag, den 1. August 1920

Phönix

K.F.V.
Beginn 5 Uhr
 Näheres siehe Plakate. 4700

Schlacken
 können im
Städt. Friedrichsbad, Kaiserstr. 136
 unentgeltlich jeder Zeit abgeholt werden. 4600

Möbel-Ausstellung
 der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft
Badisch. Baubund g.m.d.H.
 Karlsruhe
 Karl-Friedrichstrasse 22
 (Eckhaus Rondellplatz)
 Täglich geöffnet von vormittags 8—12,
 nachmittags 2—6 Uhr.
 — Fernsprecher 5157 —
Zweigstellen
 in Pforzheim, Bruchsal, Mosbach,
 Offenburg, Freiburg, Villingen,
 Singen a. H. und Konstanz.
Verkauf handwerksmäßig gearbeiteter
preiswerter und formschöner
Wohnungs-Einrichtungen
 gegen Barzahlung oder 4341
 erleichterte Zahlungsbedingungen.

Herren-Hüte
 werden gereinigt, gefärbt und auf
 die modernsten Formen umgearbeitet
Ia. fachmännische Ausführung
Gaggenau:
Guggenheim & Co.,
 Inh.: Horwelt. 4620

Musikhilfen
 zum Servieren für Sonntags
 gesucht. 1859
Städt. Arbeitsamt
 Abteilung f. das Hotel- u. Wirtsgewerbe
 Zähringerstr. 98 Fernspr. 5270.

Billige Schuhe
 schwarz und farbig
 in solider Ausführung
 ::: kauft man im :::
Schuhhaus Stern
 Karl-Friedrichstr. 22
 Rondellplatz.
 3735

Konkurrenzlos.
Herren - Massanzüge
 aus besten deutschen und englischen Stoffen,
 beste Futterzutaten, liefert zu bedeutend
 herabgesetzten Preisen schon von Mk. 550 an
Schneider Bolz, Karlsruhe,
 Karlstraße 75, Vorderhaus 2. Stock rechts.
 Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Druckfarben — Lackfarben
 schnelltrocknend — gebrauchsfertig
 für Anstriche aller Art
Maler - Artikel
 vorteilhaft 4784
 im Farbengeschäft, Waldstraße 15,
 beim Colosseum.

Wir suchen
 für unsere Fabrik in Gailingen (Baden)
 eine Anzahl gelehrte Zigarrenmacher
 auf Stumpen & Vielzigarren;
 für unsere Fabrik in Dieffenhofen (Schweiz)
 einige gelehrte Zigarrenmacher
 auf bessere deutsche Gassen. 4707
Zigarrenfabriken in Gailingen und Dieffenhofen.

Dr. Witz, Karlsruhe
 Georg-Friedrichstr. 7
 Homöop. Fachbe-
 handl. von Har-
 niereul., Kropf etc.
 Spezialbrochure
 Nervenschwäche. 4 M.

Union-Theater
 Kaiserstrasse 211.
 Telefon 763 Telefon 763
SPIELPLAN:
Samstag, den 31. Juli bis
einchl. Montag, den 2. August
 Aus der Decia Frauenklasse
CAROLA TOELLE
 in
Der falsche
Schein
 Drama in 4 Akten v. R. Straus.
 In den Hauptrollen mit:
 H. Peters-Arnolds Hedw. Koscchewska
 Cleve Creutz Robert Scholz
 Gustav Bolz Eugen Lehmann
 CAROLA TOELLE Paul Morgan

Aus der Franz Hofer-Serie 1920
LIA LAY Das rosa
Strumpf-
bändchen
 eine intime Backfischgeschichte
 in 3 Akten. 4781

No. 1
 Genf, 31.
 rund 150 Del-
 der zweite
 ten Robert S
 arch: Fran
 mit 6. Pole
 Deutsche
 und die Schw
 zum Präsi
 Abgeordneter
 reitung der
 (ionen eing
 und für die
 frage; 3. Soj
 tratie und 4.
 Im Schl
 Telegramm
 belgischen
 am Kongreß
 gen sie, in Br
 * Am sechs
 trizgs ist nu
 öfnet worden
 nation ale
 der vorjährig
 verfahrens ge
 Genf diesen S
 Das Bild
 zeigt immer
 nalen Sog
 perialismus
 eines brutale
 Augern den g
 hat, eine He
 les herbeizug
 Bestrebungen
 noch nicht die
 das Diktat be
 die Welt fo o
 ber internati
 er haben joll
 Soffen im
 wird, um üf
 kampfes zu e
 schmus zu be
 gung des B
 in der meth
 in der Ausw
 zu finden.
 In diesem
 International
 Genf, 31.
 wurde heute
 International
 infolge von
 G e n e r s o r
 tenen schweiz
 Bureau dem
 zum Präsi
 zum Abgeord
 stimmig angen
 Präsident
 Ansprache, in
 des Kongreß
 ren möchte,
 Staaten Euro
 Deutschlands
 Härte mit Be
 als Präsi
 in dem Gebie
 Hälfte der th
 Shaw kam fol
 Gegenfäße zu
 Geben an
 Arbeitsprogra
 müsse seine vo
 des sozialen
 nationale zu
 wisse Hauptpu
 gung aller G
 Zur Vert
 die russische
 nationale dü
 tragen. Die
 turland berei
 großes Verbie
 Friedens mit
 Säber zugut
 bolschewist
 Kuzneud, das
 gen zwischen
 war, auf Gen
 Shaw be
 frage und ge
 Schuldfrage
 einem soziali
 besold dem